

Bericht zur Gemeinderatssitzung vom 16. Mai 2017

1. Einwohnerfragestunde

Aus den Reihen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger wurden keine Fragen an die Verwaltung gestellt, die die Allgemeinheit betreffen würden.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

2. Sicherheitslage in Ofterdingen, Vorstellung durch Polizeidirektor Martin Zerrinius/Leiter Polizeirevier Tübingen

Bürgermeister Reichert begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Martin Zerrinius vom Polizeirevier Tübingen sowie Gemeinderat Jürgen Adam, in seiner Funktion als Leiter des Polizeipostens Mössingen, auf der Verwaltungsbank. Herr Zerrinius zeigte sich erfreut von den Zahlen, die er für Ofterdingen aus der Kriminalitätsstatistik präsentieren konnte. Ofterdingen sei geradezu eine „Insel der Glückseligen“ was Kriminalität anbelangt. Im Kreisvergleich seien die Zahlen sehr niedrig und auch die Aufklärungsquote von 70 % könne sich durchaus sehen lassen. In die Details des Zahlenwerks führte dann Jürgen Adam ein. Die Zahl der Straftaten sei relativ ähnlich wie bereits in den Vorjahren. Lediglich ein Ladendiebstahl war zu verzeichnen, wohingegen die Körperverletzungsdelikte ein wenig angestiegen seien. Diese seien jedoch in aller Regel nicht in der Öffentlichkeit begangen worden. Ebenfalls erfreulich niedrige Zahlen konnte Herr Adam beim sogenannten „einfachen“ Diebstahl und, trotz eigentlich guter Fluchtwege, bei Wohnungseinbrüchen präsentieren. Hierbei helfe natürlich das soziale Miteinander und eine aufmerksame Nachbarschaft. Hinsichtlich der durch die Belegung der Turnhalle zeitweise sehr hohen Zahl an Geflüchteten und Asylbewerbern im Ort, bedankte sich Herr Adam ausdrücklich beim Arbeitskreis Integration, hier insbesondere bei der Vorsitzenden Frau Ursula Probst, für die sehr gute Zusammenarbeit. Dadurch konnten seiner Ansicht nach viele Konflikte gelöst werden, bevor es zu einer Eskalation hätte kommen können. Präventiv sei die Polizei ebenso tätig, beispielsweise seien die Jugendsachbearbeiter regelmäßig an der Burghof-Schule präsent. Polizeidirektor Zerrinius machte, ergänzend zur Kriminalstatistik für Ofterdingen, auf 2 aktuelle Themen aufmerksam. Zum einen warnte er vor dem sogenannten „Spoofing“. Hierbei würden meist ältere Mitbürger im Namen der Polizei telefonisch kontaktiert und dazu aufgefordert, einen größeren Geldbetrag bereit zu stellen, welcher dann von der Polizei abgeholt und sichergestellt werden soll. Herr Zerrinius führte aus, dass bei diesen Anrufen meist die Notrufnummer (110) oder sogar die Rufnummer des örtlichen Polizeipostens angezeigt werde. Er wies darauf hin, dass die anzuzeigende Nummer problemlos manipuliert und entsprechend programmiert werden könne und betonte, dass die Polizei nie, insbesondere nicht mit telefonischer Ankündigung, beliebig Geld bei Privatpersonen abholt. Zum anderen zeigte sich Herr Zerrinius geschockt davon, wie kommunikativ heutzutage die Verkehrsteilnehmer seien und wie enorm die Handynutzung im Auto zugenommen habe. 51 Menschen seien im vergangenen Jahr allein in Baden Württemberg nachweislich durch eine Handynutzung am Steuer umgekommen. Seiner Meinung nach kommt damit der Kampf gegen die Handynutzung dem Kampf gegen den Terrorismus gleich und er bat um Verständnis

dafür, dass hier entsprechend hart durchgegriffen werde.

Abschließend bedankte sich Herr Zerrinius bei Herrn Adam für die gute Arbeit vor Ort. Ebenso bedankte sich Bürgermeister Reichert recht herzlich bei beiden für ihr Kommen und die Präsentation der Kriminalstatistik.

Der Gemeinderat nahm die Ausführungen wohlwollend zur Kenntnis.

3. Zwischenbericht Arbeitskreis Integration durch Frau Ursula Probst

Bürgermeister Reichert begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Probst als Vorsitzende des Arbeitskreises Integration und zeigte sich sehr dankbar für die geleistete Arbeit. Er betonte, dass Ofterdingen unter den kleineren Gemeinden des Landkreises die höchste Anzahl an Flüchtlingen im Ort habe. Dass die Begleitung und Integration dennoch so gut funktioniert, sei „ein großer Verdienst von Frau Probst und ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern.“

Frau Probst zeigte sich ihrerseits dankbar über die kurzen Wege ins Rathaus und die dezentralen Unterbringungsstrukturen in Ofterdingen, durch welche so manche Probleme vermieden werden können. Im Folgenden stellte Sie dem Gremium und den anwesenden Zuhörern die Tätigkeiten und Angebote des Arbeitskreises vor. Unter anderem gibt es ein festes Kinderprogramm im Gemeinschaftsraum des Gebäudes Tübinger Straße 9, wöchentlich schulische Einzelnachhilfe durch ehrenamtliche LehrerInnen, das Asylcafé, in das regelmäßig auch viele Ofterdinger Bürger kommen, als Anknüpfungspunkt für „Patenschaften“, wechselnde Aktivitäten am 1. Freitag des Monats wie z.B. ein Ortsrundgang oder gemeinsames Kochen, aber auch Betätigungsmöglichkeiten für Naturverbundene wie das neue Gartenprojekt oder auch das Waldprojekt. Neben diesen unzähligen Aktivitäten und Aktionen liege ebenfalls ein großes Augenmerk auf der persönlichen Begleitung und Unterstützung Einzelner. Ob es sich dabei nun um Arztbesuche, Behördengänge, die Wohnungs- und Arbeitssuche, die Alltagsbewältigung oder einfach nur um Gespräche zur Festigung der Sprachfähigkeiten handelt, seien die vielen Ehrenamtlichen stets bemüht, den Hilfesuchenden mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Viele der Flüchtlinge würden bereits begleitet, doch eben bei weitem nicht alle, weshalb Frau Probst auch neue Mitglieder im Arbeitskreis jederzeit gerne begrüßen würde. Abschließend bedankte sich Bürgermeister Reichert nochmals bei Frau Probst und zeigte sich erfreut darüber, dass die dezentrale Unterbringung so positiv gesehen wird. „Viele Gemeinden haben zur Unterbringung im Rahmen der Anschlussunterbringung gebaut. Wir haben uns dagegen entschieden und sind damit bislang sehr gut gefahren.“, sagte er.

4. Pakt für Integration

Anknüpfend an den vorherigen Tagesordnungspunkt, konnte Herr Höllwarth dem Gremium verkünden, dass, ergänzend zum tollen ehrenamtlichen Engagement in der Integrationsarbeit in Ofterdingen, nun auch die Stärkung von hauptamtlichen Strukturen vom Land gefördert werden soll. Bereits früh hatten die kommunalen Landesverbände darauf hingewiesen, dass mit Anstieg der Flüchtlingszahlen früher oder später auch der Aufwand der Kommunen im Rahmen der Anschlussunterbringung entsprechend steigen wird. Zudem sei es mit der reinen Unterbringung, d.h. Bereitstellung von Wohnraum, ja nicht getan. Vielmehr müsse es

das Ziel sein, die Personen mit guter Bleibeperspektive auch bestmöglich in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. Hierzu hätten sich die kommunalen Landesverbände kürzlich mit dem Ministerium für Soziales und Integration auf den sogenannten „Pakt für Integration“ geeinigt. Kernstück des Pakets ist die Finanzierung von rund 1.000 (hauptamtlichen) Integrationsmanagern, deren Aufgabe es sein soll, die Geflüchteten zwei Jahre lang individuell dabei zu unterstützen, die vorhandenen Integrationsangebote wahrzunehmen. Hierbei sollen sie vor allem auf eine Stärkung der Selbstständigkeit und –verantwortung der Menschen hinwirken und mittels einer Integrationsvereinbarung auch eine entsprechende Mitwirkung einfordern. Den Kommunen werde im Rahmen des Pakts für Integration freigestellt, ob sie das Integrationsmanagement selbst übernehmen, auf einen freien Träger übertragen oder es vom Landkreis übernommen werden soll. Herr Höllwarth informierte das Gremium darüber, dass die allermeisten Gemeinden des Landkreises Tübingen bereits signalisiert haben, das Integrationsmanagement auf den Landkreis übertragen zu wollen. Bürgermeister Reichert bekräftigte, dass sich hier auf Kreisebene, beispielsweise bei der Personalgewinnung, entsprechende Synergieeffekte ergeben. Insbesondere auch deshalb, weil Offerdingen für sich genommen keinen Anspruch auf eine Vollzeitstelle hätte und Förderanträge jedoch erst ab 1,0 Stellen gestellt werden können, scheint eine zentrale Beantragung und Umsetzung sinnvoll.

Nach kurzer Aussprache stimmte der Gemeinderat dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zu und übertrug das Integrationsmanagement für den Förderzeitraum auf den Landkreis Tübingen.

5. Bausachen

Hauptamtsleiter Alexander Schwarz berichtete von der geplanten Errichtung eines Doppelhauses Am Wedenbach 16 und 16/1. Die Vorhaben entsprächen dem Bebauungsplan und es seien keine Einwendungen eingegangen. Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

Des Weiteren erläuterte Herr Schwarz die geplante Errichtung einer Garage mit Dachterrasse in der Rohrgasse 1. Hier gebe es keinen Bebauungsplan, weshalb das Einvernehmen des Gemeinderats notwendig ist. Dieses wurde einstimmig erteilt.

Hierzu anschließend soll in der Bachsatzstraße 15 ebenfalls eine Garage mit Dachterrasse errichtet werden. Herr Schwarz erklärte, dass beide Garagen direkt aneinander angrenzend gebaut werden sollen. Hierzu ist ebenfalls das Einvernehmen des Gemeinderats notwendig, welches ebenfalls einstimmig erteilt wurde.

6. Sonstiges/Bekanntgaben

- Bürgermeister Reichert gab bekannt, dass der Nahverkehrsplan europaweit neu ausgeschrieben werde. In Vorgesprächen wurde erläutert, dass die Linie 7613 zukünftig im Halbstundentakt als Bahnhofzubringer nach Mössingen fungieren soll. Der Gemeinderat nahm dies wohlwollend zur Kenntnis, äußerte jedoch auch Bedenken, ob dementsprechend die Kapazität der Anschlusszüge angepasst

werde.

- Bürgermeister Reichert informierte das Gremium, dass der Haushaltsplan 2017 mit Schreiben vom 03.05.2017 erfreulicherweise genehmigt wurde.
- Ebenso wurde der Bebauungsplan „Im Grund“ zwischenzeitlich genehmigt.
- Gemeinderat Martin Lutz sprach das Bauvorhaben „Kühler Brunnen“ an. Das Bestandsgebäude sei ja bereits abgerissen worden, ein Neubau mit 21 Wohneinheiten ist in Planung. Er wies darauf hin, dass er Bedenken bezüglich der Stellplatzsituation habe. Bürgermeister Reichert entgegnete, dass ein Bauantrag vorliege, welcher in der nächsten Sitzung dann auch zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung stehen werde, nachdem er im Gemeinderat eigentlich schon vorbesprochen wurde. Derzeit werde noch die Angrenzeranhörung durchgeführt. Da es an dieser Stelle keinen Bebauungsplan gebe, ist rein rechtlich lediglich 1 Stellplatz pro Wohneinheit nachzuweisen. Im Übrigen wies Bürgermeister Reichert darauf hin, dass der Vorschlag der Verwaltung, im Bereich des ehemaligen Biergartens der Gaststätte „Dörfle“ 4 zusätzliche öffentliche Stellplätze herzustellen, vom Gemeinderat abgelehnt wurde. Gemeinderat Jürgen Adam bekräftigte, dass er auch am Wochenende keine große Stellplatzproblematik im Ortskern ausmachen könne. Bürgermeister Reichert sagte zu, die rechtlichen Möglichkeiten hinsichtlich der Stellplatzforderung bis zur nächsten Sitzung nochmals zu prüfen. Zudem kündigte er an, dass der Architekt des Bauvorhabens ebenfalls anwesend sein werde.
- Gemeinderat Matthias Lutz fragte an, was Stand im Projekt Breitbandausbau in den Gewerbegebieten sei. Bürgermeister Reichert informierte, dass derzeit die Grundstückseigentümer angeschrieben wurden und die entsprechende Rückmeldefrist noch läuft. Mit den entsprechenden Rückmeldungen könne dann weiter geplant und zu gegebener Zeit auch im Gemeinderat bezüglich der durch die Gemeinde zu tragenden Kosten beraten werden.

7. Einwohnerfragestunde

Aus den Reihen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger wurden keine Fragen an die Verwaltung gestellt.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.